

Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Leipzig,
Aden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl. Redakteur:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Lesen, Wissen, Spaß einschließlich Beleglohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Magazin M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26261.
Schließzeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Anserten werden die Tagespreise mit 45 Pf. berechnet, bei demnächstiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Gemeindegeldern. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 183.

Dresden, Donnerstag den 8. August 1918.

29. Jahrg.

Smuts und die Kriegsaussichten. — Urteil im Malby-Prozess.

Feindliche Angriffe an der Lys und nördlich der Somme zurückgewiesen.

Wdh. (Kontin.) Großes Hauptquartier, den 8. August 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deutsche Gruppe Kronprinz Rupprecht.
Beiderseits der Lys schlagen wir englische Teilvorstöße zurück. Nördlich der Somme führte der Feind heftige Gegenangriffe gegen unsere neuen Linien beiderseits der Straße Bray—Corbie. Sie wurden abgewiesen. Während der Nacht zeitweilig auflebende Artillerie-Engländer und Granatgeschütze. Westlich von Montdidier (weiter westlich von Tonnay) der Franzosen.

Deutsche Gruppe Deutscher Kronprinz.
Zwischen Soissons und Reims lebte der Feuerkampf nur vorübergehend auf. Kleiner Infanteriekampf an der Aisne und westlich und nördlich von Reims.

Deutsche Gruppe Wallonien und Herzog Albrecht.
In den Belgien erfolgsreicher Vorstoß in die feindlichen Reihen am Scherpenheuvel.

Erntematte Br. v. Beerigt vor dem 30. Luftflieger.
Der Erste Generalquartiermeister: **Sadenborff.**

Luftangriff auf einen italienischen Flugplatz.

Wdh. 8. August. Westlich wird verlautbart:
An der italienischen Front keine größeren Kampfhandlungen. In Albanien griff ein aus Land- und Seefliegern zusammengesetztes Bombengeschwader den italienischen Flugplatz östlich von Salona an. Keine Feinde- und Rauchentwicklung zeigte für den Erfolg des Unternehmens.

Der Chef des Generalstabs.

Deutschland und der ferne Osten.

Die Vereinigten Staaten haben ihre gemeinsam mit Japan unternommene Aktion in Sibirien in einem interessanten Dokument gerechtfertigt. Eine militärische Intervention, wie sie wiederholt vorgeschlagen wurde, wird im Interesse Russlands abgelehnt, dessen Wiederaufbau nicht gestört werden soll. Das Ziel der Aktion wird klar dahin begrenzt, daß die Vereinigten Staaten lediglich die von bewaffneten deutschen, ungarischen und deutsch-österreichischen Kriegesgefangenen befreiten Tschecho-Slowaken befreien wollten, daß sie aber keine Intervention in seinen inneren Angelegenheiten, auch nicht in lokalen Angelegenheiten begrenzter Gebiete, die ihre Kräfte vielleicht belegen werden, und keine Beeinträchtigung seiner territorialen Integrität, weder jetzt noch später, beabsichtigen.

Der Verdacht liegt nahe, daß die Vereinigten Staaten mit diesen, bedenklichen Worten die Regierung samt Einkammern und ihren Widerstand gegen die Intervention und die Aufhebung ihrer Souveränität in Ostasien — denn das ist doch trotz aller Gegenrede das Wesen der „Aktion“, die man nach Belieben so oder so taufen mag — mit einer vollständigen Proklamation einschließen wollen.

Das Manifest der amerikanischen Regierung sagt selbst, daß eine als solche erklärte Intervention Japans und der Vereinigten Staaten in Sibirien „wiederholt“ vorgeschlagen worden ist. Die Vereinigten Staaten haben diese Zumutungen abgelehnt, wie sie erklären, und sie betonen auch ihr gutes Recht zu einer selbständigen Politik, indem sie sagen: „Die Vereinigten Staaten und Japan sind die einzigen Mächte, die im gegenwärtigen Augenblick imstande sind, in Sibirien die in genügender Stärke aufzutreten.“ Mit brutaler Offenheit läßt es sich gar nicht sagen, daß die Hejrapostel in Paris und London, die eine neue Ostfront aufrichten möchten, den Vereinigten Staaten keine Vorschriften zu machen haben.

Nach einer anderen Überlegung läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß sich Präsident Wilson auf eine Aktion in dem von ihm gezogenen Umfang beschränken will. Der bekannte Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan ist entgegen einer weitverbreiteten Ansicht nicht so groß, daß er eine vorübergehende Beteiligung der Interessensphären nicht vermeiden würde. Mindestens haben im Augenblick die beiden Mächte alles Interesse, eine gefährliche Anspannung der Beziehungen angestrebt zu vermeiden. Darum muß mit aller Vorsicht operiert werden. Nordchina, die Mandchurei und Ostsibirien locken sowohl den amerikanischen wie japanischen Unternehmensgeist. Schon vor Jahren hat sich die amerikanische Regierung stark für die offene Tür in diesen Gebieten eingesetzt, als Japan und Rußland ein Monopol für sich unter Ausschluss anderer Mächte zu begründen versuchten. Deshalb vertritt das Washingtoner Pronuntiamiento so nachdrücklich, daß beide Mächte an eine dauernde Niederlassung denken, daß sie nur einige wenige tausend Mann gar nicht dächten, daß sie nur einige wenige tausend Mann senden wollten und daß sie das beliebige Gebiet nur als reibliche Kreuzer für ein erkranktes Rußland beabsichtigen wüßten. Deshalb wird auch der Ton darauf ge-

legt, daß die Aktion von den Vereinigten Staaten der japanischen Regierung vorgeschlagen wurde, daß damit auch Grenzen und Dauer der Expedition einverständlich geregelt werden müssen und daß die Kontingente beider Mächte als eine Truppe aufzutreten werden.

Aber selbst wenn Wilson den Mut und Willen der Selbstbeschränkung hat, mag es zweifelhaft sein, ob er auch die Kraft hat, die Politik der bewußten Selbstbeschränkung konsequent zu Ende zu führen. Denn nur dem Teufel den seinen Fingern, und er nimmt die ganze Hand Wilson erklärt, daß die „Aktion“ keine Intervention sei und keine Einschränkung der russischen Souveränität bedeute. Aber das ist ein frommer Wortbetrug, dessen Opfer vielleicht der Redner selbst oder sogar ganz besonders der Redner ist. Eine Einschränkung der staatlichen Verfügungsgewalt auf dem Hoheitsgebiet ist eben eine Einschränkung der Souveränität, was durch die schönsten Erklärungen nicht verwischt werden kann. Vielleicht beruft sich Wilson darauf, daß in diesen Gebieten keine russische Staatsgewalt besteht, daß hier die Tschecho-Slowaken und dort die Kriegesgefangenen deutscher und ungarischer Nationalität die Herren der Lage sind. Aber einmal ist es gar nicht sicher, ob die deutschen Kriegesgefangenen wirklich gegen die Tschecho-Slowaken ins Feld gezogen sind, und dann bedeutet eben die Parteinahme für eine Partei im Bürgerkrieg die tatsächliche Regierung der anderen Partei, in diesem Falle der Moskauer Regierung. Von der Moskauer Regierung im besonderen zu sprechen ist nötig, weil es sehr wohl geschehen kann, daß sich die lokalen Sowjets auf die Seite der Amerikaner und Japaner schlagen und ihre Genossen in Moskau verraten oder wenigstens das Feld räumen, wie es in Archangel geschehen ist. Der Reichsminister, alle von ihrem Vorgesetzten entlassenen Mitglieder des Sowjets von Archangel als Delegierte vor ein revolutionäres Kriegsgericht zu stellen, gibt genügenden Anhalt für menschenliche Ungeduldigkeiten.

Mit der Charakter der amerikanischen Intervention von vornherein zweifelhaft und voll komplizierter Möglichkeiten, so sind sich dafür die Kriegstreiber in den europäischen Ententestaaten über ihre Ziele völlig klar. Sie wollen eine Ostfront wieder aufrichten, um zu verhindern, daß deutsche Truppen für einen Vormarsch nach Ägypten oder Persien frei werden und darüber hinaus die Schlagkraft des deutschen Heeres im Westen schwächen. Dazu ist nicht nötig, daß die Ostfront wieder erhebt, die aus den Tagen Nikolaus Nikolajewitsch oder Brucklows noch in aller Erinnerung steht. Es genügt, daß sich Deutschland im Osten sichern, lange Etappenlinien unterhalten, zur Unterdrückung der an das freie Vordringen der Revolution gewandten Bauern starke Besatzungstruppen abgeben muß. Es läge völlig in diesen Absichten, wenn Deutschland das ganze europäische Rußland besetzte und bis zum Ural seinen „Eingeborenen“ nähme. Damit würde neben der unmittelbaren Schwächung der deutschen Westfront noch mancher unschätzbare politische Erfolg erzielt: Deutschland selbst würde gestärkt, daß der Friede von Versailles eine Fiktion sei, und wäre jedes plausiblen Einmendes gegen eine neue Diskussion der Ostprobleme auf der allgemeinen Friedenskonferenz beraubt. Mit einem Schlage gewinnen alle „Bräutigame“, von der polnischen bis zur japanischen, internationalen Charakter. Und da eine Okkupationsmacht niemals oder sehr selten die Herzen der Einwohner in den besetzten Gebieten gewinnen kann, so ergäbe sich eine wunderbare Gelegenheit, das deutsche und russische Volk bis ins vierte Glied mit Haß und Groll gegeneinander zu erfüllen.

Darum wäre es das Beste, die Sowjetregierung würde die Tschecho-Slowaken in D-Ängern mit Speise- und Schlafröcken nach Wladimirost bringen und ihre Macht, die sie in Mittelasien um Jektief ausübt, nicht zur Verhinderung des Rückzuges dieser österrösterreichischen Ueberläufer gebrauchen. Dann würde die Probe aufs Exempel bewiesen, ob die Vereinigten Staaten, wie Wilson und vor ihm schon Prof. Masarek versichert haben, imperialistische Ziele verfolgen oder nur den Tschecho-Slowaken die rettende Hand reichen wollen.

Ein englischer Kühlmann?

Das Aufkommen einer Verständigungsbereitschaft zwischen den miteinander kämpfenden Völkern wird, wie sich schon so oft gezeigt hat, dadurch erschwert, daß die Völker die Kränkungen der Staatsmänner im gegnerischen Lager nur in verdrängter oder entstellter Form erfahren. So sind die Verständigungen, die wir über den letzten Lansdowne-Brief bekommen haben, durchaus mangelhaft gewesen. Unter anderem hat in den Verichten der sehr wichtige Vorfall einer von Lansdowne wiedergegebenen Stelle aus einer Rede gefehlt, die der bekannte General Smuts am 17. Mai in Glasgow gehalten hat. Smuts hat dort nach Lansdownes Angaben gesagt:

„Wenn wir von Sieg sprechen meinen wir nicht, daß wir bis zum Absterben oder nach Berlin marschieren, meinen wir nicht, daß wir den Krieg fortsetzen bis wir Deutschland und das Deutsche Reich gemaßregelt haben und imstande sind, dem Feinde

in seiner Hauptstadt den Frieden zu diktiert. Wir werden den Krieg fortsetzen, bis die Ziele, für die wir in den Krieg gingen erreicht sind und werden auf der denselben Basis bis zum bitteren Ende durchhalten. Ich glaube nicht, daß ein vollständiger Sieg für eine der beiden Mächtegruppen in diesem Kriege möglich ist, da das eine unendliche Ausmaß bedeuten würde. Das aber würde bedeuten, daß die begrenzten Nationen gezwungen wären, noch viele Jahre zu kämpfen, und zu welchem Ende? Der Erfolg dürfte sein, daß die Zivilisation, die wir retten und sichern wollen, nicht in Frage gestellt wird. Aber wenn wir den Krieg nicht bis zur Beseitigung durchkämpfen wollen, ist es sicherlich nötig, gelegentlich festzustellen, wie die Dinge stehen, was der Gegner denkt, welche Vorteile man aus der Lage, wie er sie ansieht, zu ziehen vermag. Wir werden keinen Frieden nur durch nicht anderweitig unterstützte Aushandlungen der Armeen herbeiführen.“

Der Brief Lansdownes schließt hier ein: „Um vergleichbar hiermit die Worte Kühlmanns: „Ein absolutes Ende kann schwerlich von den militärischen Entscheidungen allein erwartet werden“, und fährt dann weiter fort mit einem Zitat aus der Rede Smuts:

„Wir werden unsere ganze Diplomatie ebenso wie alle unsere verfügbaren Kräfte anwenden haben, um ein friedliches Ende herbeizuführen. Wie aber soll das geschehen? Ich kann mir vorstellen, daß wir bis zu einem Stadium gelangen können, wo der Feind bereit ist, unsere Hauptbedingungen anzunehmen, aber wie sollen wir erfahren, daß er dazu bereit ist, wenn keine informelle Konferenz stattfinden? Das Volk hat das Recht, zur Regierung zu sagen: Wir verbluten und wir tun unser Bestes für die Sache, aber wir erwarten von euch, als unsre Führer, daß auch ihr einen Teil Arbeit tut. Es ist Pflicht der Regierung zu reden, zu lehren, andere Worte kann ihr die Erfolge, die ihr anstrebt, erreichen. Die Regierung muß sprechen, um ausfindig zu machen, ob irgend wann das Stadium erreicht ist, wo Uebereinstimmung hinsichtlich der Fundamentalforderungen herrscht. Wenn sobald eine derartige Uebereinstimmung vorliegt, würden wir keinen Tag länger für Unversöhnliches und Unerlöschliches kämpfen.“ Allerdings sind niedriger stehende Männer, die eine derartige Sprache gehalten haben, der öffentlichen Verurteilung ausgesetzt gewesen, aber wenn ein Mitglied des Kriegsrates, und zwar ein so berechtigtermaßen im ganzen Reich geachtetes wie General Smuts diese Sprache führt, kann sie nicht als bedrohlich behandelt werden. Die Rede Smuts' hat der knock out blow-Theorie des Todesstoßes verweigert und sie wehrt den Weg zu einer modernen Konzeption des Krieges, den wir alle als unumgänglich erachten, eines Sieges, der nicht lediglich eine augenblickliche Uebereinstimmung im Felde, sondern dauernde Sicherheit anstrebt, bei der die ideale Weltanschauung der Beteiligten und die den Befehlen gehorchenden Staatswesen von der Seite des deutschen Militarismus befreit werden können. Der Preis für einen solchen Sieg aber wird in der Bereitwilligkeit des Feindes zu liegen sein, sich von den Lehren der erprobten Ueberlieferung loszusagen und Bedingungen anzunehmen, die ihm nicht gepredigt worden wären auch nur in Betracht zu ziehen, als er sein besparatis Unternehmen draußt.

Lansdowne vergleicht die Worte des Generals Smuts mit den Kränkungen Kühlmanns im Reichstage. Und in der Tat: Smuts' Ausführungen stimmen dem Sinne nach völlig mit dem überein, was Kühlmann in seiner bekannten Rede gesagt hat. Das zeigt aufs neue, wie sehr es zu bedauern ist, daß Kühlmann wegen seiner Rede gestürzt worden ist. Der Sturz Kühlmanns kann nur zu leicht im Ausland von den Kriegstreibern benutzt werden, um Mißtrauen gegen den Verständigungswillen Deutschlands zu verbreiten.

In Wirklichkeit besteht zweifellos auch heute noch die Bereitschaft der deutschen Regierung, in Verhandlungen einzutreten. Neben die Anschauungen Smuts' von den maßgebenden Persönlichkeiten der Ententestaaten gebilligt, so bestünde kein Grund, den Beginn der Verhandlungen auch nur um einen Tag hinauszuschieben.

Das Zustandekommen des Friedens könnte dann kaum mehr daran scheitern, daß die deutsche Regierung dabei Überungsziele nach alldem Reichstag aufstellte. Eine Regierung, die etwas Derartiges magte, würde von dem Willen des deutschen Volkes hinweggefegt werden.

Verammlung parlamentarischer Friedensfreunde.

Wie Daily News berichtet, wurde der Lansdownebrief, den die Zeitung als Aufforderung zum sofortigen Eintritt in Präliminarverhandlungen auffaßt, bei einer am 31. Juli in Sheffield abgehaltenen, von Lord Beauchamp einberufenen Versammlung von Parlamentariern der Lansdowneschen Richtung verlesen, der unter anderem die Lords Buckmaster, Broom, Wardlaw und Farver beiwohnten.

Beauchamp führte aus, seit Lansdownes erstem Brief seien weitere zwei Millionen Menschen getötet und verkrüppelt und sechs Milliarden Pfund Sterling der Schuldenlast der Kriegführenden hinzugefügt worden. Lansdownes Diagnose der Lage sei durch die späteren Ereignisse bestätigt worden, es sei völlig klar, daß irgendeinmal Friedensverhandlungen beginnen müßten, und zwar

in eher, desto besser.

Die Zeit ist wirklich gekommen, daß die Regierung den Schritte läßt, und dem Volke über die Lage die volle Wahrheit sage. Das Land oder vielmehr Europa darauf vorbereiten, daß es nicht an dem Grund des wirtschaftlichen und sozialen Ruins